

**Christine Schneider, MdL**  
**Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1**  
**57. Plenarsitzung, Mittwoch, 23. Mai 2018**

**Aktuelle Debatte**  
**„Auswirkungen des Verhandlungsergebnisses**  
**der Bundesregierung auf den ländlichen Raum“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

23.05.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

- Freier Warenaustausch auf einem einheitlich geregelten Markt in allen EU-Mitgliedsstaaten
- Vorrang für aus der EU stammende Agrarerzeugnisse, zum Schutz des Binnenmarktes vor Niedrigpreisprodukten und Schwankungen des Weltmarktes
- Und die gemeinschaftliche Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union durch einen Gemeinschaftshaushalt der EU-Mitgliedsstaaten

Das - meine Damen und Herren - waren und sind die Grundprinzipien der GAP, auf die sich die EU-Gründungsstaaten bereits auf der Konferenz von [Stresa](#) am 3. Juli 1958 einigen konnten. Wir alle können diese Grundprinzipien noch heute so unterschreiben. Wir alle wissen heute, dass die Europäische Union eine Erfolgsgeschichte ist. Die GAP, als eine der tragenden Säulen der Europäischen Union, hat uns über die letzten Jahrzehnte Wohlstand und Sicherheit beschert.

Nun werden die Förderleitlinien und das Rahmenbudget der GAP in aller Regel im Turnus von 7 Jahren erneut ausgehandelt (also nichts besonders was gerade passiert). Und wenn wir uns die Weltlage, die Situation der EU oder auch die in Rheinland-Pfalz anschauen, so werden sie mir alle zustimmen, wenn ich sage:

- 1958 zur Zeit der Konferenz von Stresa sah die Welt ganz anders aus
- Und vor 7 Jahren (Verhandlungen zum aktuellen Beschluss 2013/14) sah die Europäische Union ganz anders aus

Uns alle hat der Austritt Großbritanniens aus der europäischen Gemeinschaft tief getroffen. Besonders im Hinblick auf unsere gemeinsamen Ziele und Wertvorstellungen war der „Brexit“ ein großer Rückschritt. Vor sieben Jahren hätte diese Entwicklung kaum einer vorhersehen können – geschweige denn wollen.

Heute stellen wir fest, dass es tiefgreifende Veränderungen in der europäischen Gemeinschaft und in der Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft gegeben hat. Heute steht fest, dass die Briten als politische Partner im EU-Parlament in Zukunft fehlen werden – auch finanziell. Heute benötigen wir mehr Sicherheit, mehr Grenzsicherungsmaßnahmen, Maßnahmen gegen Terrorismus. Alles das kostet Geld und will finanziert werden. Veränderte gesellschaftliche, politische und kulturelle Kontexte brauchen neue Wege; brauchen Reformen. Willkommen im Jahr 2018 liebe Landesregierung!

Uns – und da schließe ich die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner ein – ist die Bedeutung der Landwirtschaft und des Umweltschutz, die Bedeutung der Landwirtinnen und Landwirte, sowie des ländlichen Raums sehr bewusst. Wir haben uns stets für GAP und die Stärkung des ländlichen Raumes eingesetzt.

Uns als CDU ist ganz bewusst: Auch in Zukunft brauchen wir eine starke gemeinsame Agrarpolitik und deshalb dürfen Einsparungen auch nicht einseitig ausfallen. Aber wir alle wissen doch, dass die ursprünglichen Kürzungen deutlich höher vorgesehen waren. Unsere Landwirtschaftsministerin hat bisher gut verhandelt und wird es weiterhin tun.

Aber was macht die rheinland-pfälzische Landesregierung, die selbst nichts auf die Reihe bringt?

- Sie beschwören den Untergang des ländlichen Raumes, für den sie zuallererst Verantwortung trägt (Stichwort kommunale Finanzen).
- Sie zeigen mit dem Finger Sie auf den Bund und nach Brüssel und bemerken gar nicht, dass dabei mindestens drei Finger auf sie zeigen.
- Liebe Landesregierung, sehr geehrter Herr Minister Wissing, werden Sie erst einmal ihrer eigenen Verantwortung gerecht.

Kehren Sie doch erst mal vor Ihrer eigenen Tür

- 2016 hat die Landesregierung 15,8 Prozent der GAK-Mittel, das sind in Summe rund 6,1 Mio. Euro Bundesmittel, die dem Land zur Verfügung gestellt wurden nicht abgerufen.
- 2017 waren es 16,5 Prozent der GAK-Mittel (rund 6,65 Mio. Euro) die das Land Rheinland-Pfalz nicht abgerufen hat. Bundesmittel die für die Förderung des Ländlichen Raums wichtig gewesen wären.